

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Annette Karl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Hans Reichhart

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Thomas Mütze

Staatsministerin Emilia Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts (Drs. 17/1433)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u. a. und Fraktion (CSU)

**Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln - Grundsatz der Tarifeinheit regeln!
(Drs. 17/1468)**

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Für beide Dringlichkeitsanträge ist namentliche Abstimmung beantragt. - Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Karl. Bitte schön, Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU nutzt einen unpopulären Streik als Anlass für den Versuch, die Axt an das Grundrecht Streik zu legen. Sie kratzt damit an ein demokratisches Grundrecht, das konstitutiv für unsere soziale Marktwirtschaft ist, die seit Jahrzehnten der Garant des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage deshalb ganz deutlich: Wehren wir den Anfängen! Lassen wir dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Vaatz diese Äußerungen nicht durchgehen. Ich fordere die CSU und die Staatsregierung auf: Legen Sie ein klares Bekenntnis zu einem uneingeschränkten Streikrecht ab, dem Grundpfeiler der Tarifautonomie.

(Beifall bei der SPD)

Der Anlass dieser Äußerungen, nämlich der Streik der Piloten, ist deshalb so unpopulär, weil hier eine Gruppe ihre Sonderstellung ausnützt und sich aus der Solidarität der Beschäftigten herauszieht. Würden die Piloten auch für das Bodenpersonal an den Flughäfen für 10 % Lohnerhöhung streiken, dann wäre die ganze Angelegenheit sicher deutlich populärer.

Aber ob einem das Vorgehen nun gefällt oder nicht, das hat nichts damit zu tun, dass es Grundrechte für jede Bürgerin und jeden Bürger bei uns in Deutschland gibt. Das bedeutet, dass das Recht, sich zu organisieren, sich auch in Vereinigungen zu organisieren, nicht angetastet werden darf.

Wir brauchen deshalb beim Thema Spartengewerkschaften und Sonderinteressen einen Prozess, bei dem sich alle noch einmal an einen Tisch setzen und auf Augenhöhe besprechen, wie das Prinzip der Tarifeinheit verfassungskonform gestärkt werden kann.

Die Große Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, nach Lösungen zu suchen, und die Arbeitsministerin Frau Nahles hat ja auch für Januar Lösungen angekündigt. Auch die DGB-Gewerkschaften sprechen sich klar für die Tarifeinheit aus; allerdings betonen auch sie, dass dies ohne einen Eingriff in das Streikrecht geschehen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb alle, unserem Antrag zuzustimmen, um ein klares Zeichen zu setzen. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der CSU ist leider ein halbherziges Placebo.

(Beifall bei der SPD)

Er wiederholt nur die geltende Rechts- und Verfassungslage und enthält keinerlei Distanzierung zum Vorstoß von Herrn Vaatz. Er lässt damit ein klares Bekenntnis zum Streikrecht vermissen. Hier wurde eine Chance auf deutliche Aussage verpasst. Aber wie gesagt: Der Antrag beschreibt nur die geltende Rechtslage. Damit ist er zwar in-

haltsleer, aber auch nicht falsch. Das heißt: Wir werden auch diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt Kollegen Dr. Reichhart ans Pult.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am SPD-Antrag ist doch sehr schön zu sehen, dass sich auch bei der SPD sowie bei manch anderen Parteien der Horizont nach der Kommunalwahl etwas verschoben hat. Mit dem vorliegenden Antrag macht sich die SPD zum Anwalt der Spitzenverdiener, die die Piloten der Lufthansa mit 55 Jahren abschlagsfrei in Rente schicken wollen.

(Widerspruch von der SPD)

185.000 Euro Durchschnittsgehalt, eine Rente mit 55 – das sind Bedingungen, von denen ein normaler Bürger nur träumen kann.

(Zurufe von der SPD)

Als Junger kann ich sagen: Wir als Junge leiden derzeit unter Frau Nahles in Berlin und können nur hoffen, dass die Rente mit 55 nicht auch noch eine Idee ist, die aus Bayern nach Berlin schwappt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig vom Pilotenstreik gilt: Die Tarifautonomie und die Tarifeinheit sind viel zu ernst, als dass man sie zum Gegenstand nicht durchdachter und – so ist der SPD-Antrag leider – in sich widersprüchlicher populistischer Anträge machen sollte. Wie das Streikrecht der Piloten auf der einen Seite und die Tarifeinheit auf der anderen Seite zueinander passen sollen, erschließt sich wahrscheinlich leider nur Ihnen.

Aber auch aus einem anderen Grund können wir den Antrag der SPD so nicht mittragen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Es ist nicht Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung und auch nicht von Ihnen, Herr Wengert, Meinungsäußerungen von Bundespolitikern permanent zu kommentieren und sich permanent dazu zu äußern. Wenn dem so wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir hier nicht mehr fertig werden, und wir hätten bei Weitem nicht mehr die Zeit, aktiv die Zukunft Bayerns zu gestalten.

Lassen Sie mich aber Folgendes sagen. Die Tarifautonomie ist ein wesentlicher Beitrag zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ein Grundpfeiler der freien Marktwirtschaft. Diese in Frage zu stellen, würde auch die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung in Frage stellen. Für uns ist eines klar: An unserer Tarifautonomie, zu der auch zwingend das Streikrecht gehört, darf nicht gerüttelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das genügt aber nicht. Wir haben uns im Rahmen des Koalitionsvertrages intensiv dafür eingesetzt, dass die Tarifautonomie nochmals gestärkt wird. Hierzu gehört in erster Linie das Nichteinmischen des Staates in die von Tarifparteien vereinbarten Verträge über eine angemessene Entlohnung von Arbeitnehmern durch Arbeitgeber. Nur dort und wirklich nur dort, wo Missstände bestehen, darf der Staat regulierend eingreifen. Unsere Sozialpartner sind es, die seit Jahrzehnten am besten wissen, was für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erforderlich und vertretbar ist. Diese Bedeutung der Tariffreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, vergessen Ihre Genossen in Berlin leider immer wieder, wenn versucht wird, die Tarifautonomie schrittweise auszuhöhlen. Gerade die Pilotenstreiks zeigen aber, dass der jahrelang bestehende Grundsatz der Tarifeinheit auch wieder Wirkungen entfalten muss.

Daher war es uns als CSU sehr, sehr wichtig, in den Koalitionsverhandlungen darauf zu drängen, die Tarifeinheit zu stärken und endlich gesetzlich zu regeln. Sofern Frau Nahles – was wohl auch Sie hier sehen – dieses Ziel etwas aus den Augen verloren hat, wollen wir sie mit unserem Antrag, den wir bewusst nachgeschoben haben, gerne

daran erinnern. Wir werden auch hier einmal mehr Motor der Koalition in Berlin sein und uns dafür einsetzen,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dieses Anliegen möglichst zeitnah in verfassungsrechtlich zulässiger Weise in die Tat umzusetzen. In Zukunft darf es nicht mehr vorkommen, dass Tausende Reisende an Bahnhöfen oder Flughäfen stranden, nur weil Einzelne ihre Forderungen auf Kosten der übrigen Belegschaft eines Konzerns durchsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher darf ich Sie bitten, mit uns gemeinsam, mit der Fraktion der CSU ein deutliches Zeichen für eine Wiedereinführung der Tarifeinheit zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Reichhart, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Karl.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Ist das Dillinger Landrecht, oder was?)

Dr. Hans Reichhart (CSU): Nein, wenn, dann Günzburger Landrecht, Herr Kollege!

Annette Karl (SPD): Herr Kollege, mir hat sich aus Ihrem etwas wirren Beitrag nicht erschlossen,

(Beifall bei der SPD)

was das Grundgehalt von Piloten mit der Frage zu tun hat, ob Sie eine Einschränkung des Streikrechts befürworten. Deswegen frage ich Sie deutlich: Sind Sie der Meinung, dass dieser Streik, zu dem man stehen kann, wie man will – ich habe auch sehr deutlich gesagt, was ich von den Sonderinteressen halte –, der Anlass ist, das Streikrecht einzuschränken? Ja oder Nein?

Dr. Hans Reichhart (CSU): Wenn Sie mir statt Ihrem Kollegen zugehört hätten, der nebenan lautstark geschrien hat, wäre es kein Problem gewesen. Selbstverständlich halte ich das Streikrecht, das wesentliches Element der Tarifautonomie ist, hoch, und wir unterstützen das Streikrecht auch. Wir wollen aber – da sollten wir uns einig sein – gerade die Tarifeinheit in den Betrieben stärken, um gewissen Einzelgruppen das Instrument zu nehmen, auf Kosten der ganzen Belegschaft Maßnahmen zu ergreifen. Ich darf Sie nur an eines erinnern: Auch Ihre Ministerin, Frau Nahles, fährt diese Linie und sagt: Tarifautonomie ja, die Tarifeinheit muss aber hergestellt werden. Zur Tarifautonomie gehört auch das Streikrecht.

(Widerspruch von der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt darf ich den Kollegen Pohl an das Rednerpult bitten.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Dringlichkeitsanträge zu besprechen, aber stattdessen haben wir eine Nachhilfestunde zum Thema Tarifautonomie bekommen. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Ich weiß nicht, wer in diesem Raum einen Nachholbedarf hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Der Kollege Wengert hat Nachholbedarf. - Ich bin eigentlich der Meinung, dass jeder von uns in diesem Saal ungefähr weiß, was Tarifautonomie bedeutet, welchen Wert die Tarifautonomie hat und dass der Staat, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Reichhart, selbstverständlich nicht in das Lohngefüge einzugreifen und vorzugeben hat, was ein gerechter Lohn ist. Der Sachverhalt, ob die Piloten etwas mehr oder etwas weniger verdienen, ist vom Verfassungsgesetzgeber ganz bewusst so gestaltet worden.

Jetzt muss ich Sie schon einmal fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Was soll dieser Dringlichkeitsantrag? Ist er notwendig, nur weil Herr Vaatz aus dem

Bundestag irgendeine passende oder unpassende Äußerung gemacht hat? Muss deswegen der Bayerische Landtag hierüber debattieren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie vor ein paar Wochen eine Aussprache zu der Äußerung eines Bundespolitikers beim Politischen Aschermittwoch zur Krim-Krise und zur Rolle Russlands initiiert hätten, dann hätte ich gesagt: Na gut, Herr Gauweiler ist wenigstens ein bayerischer Politiker, da besteht noch ein gewisser Bezug zu Bayern. Aber, Herr Vaatz, so meine ich, kommt aus Sachsen. Er hat eine Meinung geäußert, die meines Wissens kein einziger führender Unionspolitiker bekräftigt hat. Müssen wir deswegen diesem Herrn Vaatz jetzt solch eine Ehre erweisen, dass wir ein ganzes Parlament heute Nachmittag damit beschäftigen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was macht die CSU? - Anstatt dies unkommentiert zu lassen, kommt ein Dringlichkeitsantrag, der die Bundesregierung auffordert, doch endlich den Koalitionsvertrag zu erfüllen, der ein paar Monate alt ist. Dazu muss ich schon sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Arbeitet vielleicht erst einmal den Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode ab!

(Markus Rinderspacher (SPD): Um Gottes willen! Nein!)

Ergänzt das Landesentwicklungsprogramm um die zentralen Orte! Das liegt und liegt und liegt. Nicht einmal ein Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, hat das Wirtschaftsministerium dazu veranlasst, endlich einen Entwurf vorzulegen. Das wäre nämlich dringlich. Meine Damen und Herren, bringen Sie bitte das nächste Mal Dringlichkeitsanträge ein, die diesen Namen verdienen. Wir werden uns in beiden Fällen enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Ich darf jetzt den Kollegen Mütze an das Rednerpult bitten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon recht überrascht, was für eine Wendung diese Debatte genommen hat, besonders in Bezug auf den Antrag der CSU-Fraktion. Lieber Kollege Pohl, ich gebe Ihnen selten recht, aber Sie haben heute mit Ihrem Redebeitrag voll ins Schwarze getroffen.

Ich darf einmal zwei Sachen zitieren. In dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion heißt es: "... muss endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden." In dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion steht: "... der Grundsatz der Tarifeinheit verfassungsrechtlich abgesichert geregelt wird." Sehen Sie da in beiden Anträgen irgendeinen Unterschied? Nein, es gibt keinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon sehr verwundert, dass jetzt irgendwelche Barrieren aufgebaut und große Debatten über Dinge gehalten werden, die Ihre beiden Parteien in Berlin im Koalitionsvertrag der Großen Koalition geregelt haben und die umgesetzt werden sollen. Dafür fehlt mir ein bisschen das Verständnis.

Die Situation, die wir jetzt erleben, ist doch nicht neu. Vor zwei Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es einen Lokführerstreik. Damals legte eine kleine Sparten-gewerkschaft durch Streik den kompletten Zugverkehr in Deutschland lahm. Auch damals regte sich Widerstand gegen diesen Streik. Es kam die Frage auf: Kann bzw. darf eine so kleine Gewerkschaft ganz Deutschland in Beschlag nehmen? Niemand hat damals, jedenfalls soweit ich mich erinnern kann, das Streikrecht für diese Berufsgruppe infrage gestellt.

Die Situation ist nun eine andere. Herr Vaatz wurde gerade schon genannt. Anscheinend hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion seinen Flieger in Berlin nicht bekommen, oder er hat irgendeinen Flug geplant gehabt. Auf jeden Fall

war er verärgert. Jedenfalls meinte er, das Streikrecht in den Blick nehmen zu müssen, assistiert vom Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, Herrn Steiger, und assistiert von Klaus Barthel, dem Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, der in der "Bild"-Zeitung kritisierte, dass Minigewerkschaften die Interessen weniger auf Kosten vieler verträten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ja nicht falsch!)

Die Schäden, die entstanden sind, sind erst einmal der Lufthansa entstanden. Sie werden auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt. Das ist das eine. Die Schäden für die Reisenden sind das andere. Aber soweit ich das überblicken konnte, haben alle Beteiligten im Vorfeld so gut informiert, dass die Betroffenen gut auf die Situation reagieren konnten. Auf den Flughäfen gab es kein Chaos, wie es damals auf den Bahnhöfen der Fall war. Profitiert hat in diesem Fall die Bahn, die Ersatzzüge bereitstellte.

Warum dann die Aufregung? Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es bei diesem Streit zwischen der Gewerkschaft Cockpit und der Lufthansa um eine Summe von etwa einer Milliarde Euro. Die Piloten fordern eine Lohnerhöhung von 10 %, dass ihre Übergangsrenten nicht reduziert werden dürfen und dass das Ausstiegsalter nicht verändert werden soll.

Meiner persönlichen Meinung nach ist es nicht nachvollziehbar, dass Piloten noch immer mit 55 Jahren in den Vorruhestand gehen können. Deutschland arbeitet bis 67. Das ist jetzt die Regel geworden. Piloten müssen sicherlich auch in Zukunft nicht bis 67 arbeiten. Aber auch die Piloten müssen sich daran gewöhnen, länger zu arbeiten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch Sache der Firma und der Gewerkschaft, darüber zu entscheiden. Unser Haus und auch der Bundestag brauchen sich nicht damit zu beschäftigen. Ich bin schon sehr verwundert, dass Ihr Kollege gerade jetzt das Streikrecht und damit die Tarifautonomie in den Blick nimmt.

Als wir in diesem Hause um den Mindestlohn gestritten haben – daran kann ich mich noch gut erinnern -, hieß es immer: Das ist die Sache der Tarifpartner, da wollen wir uns nicht einmischen. – Anscheinend ist es jetzt nicht mehr die Sache der Tarifpartner. Komischerweise soll sich jetzt die Politik einmischen. Warum gerade jetzt?

Die Tarifeinheit ist also im Feuer. Genau darum geht es nämlich, um nichts anderes. Tarifeinheit heißt: Die größte Gewerkschaft dieser Firma entscheidet darüber, wie der Abschluss auszusehen hat. Alle anderen kleinen Gewerkschaften, die es in der Firma noch gibt, müssen sich diesem Tarifabschluss anschließen.

Die Bundesarbeitsministerin will ein Gesetz vorlegen. Eine Gewerkschaft des DGB hat schon Widerstand angekündigt, "ver.di" will das nicht mitmachen.

Gehen wir doch einmal zu der Entscheidung zurück: Was ist denn die Grundlage dieser Debatte? Das Bundesarbeitsgericht hat im Jahr 2010 ausdrücklich bestätigt, dass es keinen übergeordneten Grundsatz gebe, dass für verschiedene Arbeitsverhältnisse derselben Art in einem Betrieb nur einheitliche Tarifregelungen zur Anwendung kommen müssen. Es darf, es soll sogar mehrere Tarifregelungen in einer Firma geben. Somit ist das, was Cockpit fordert, nichts Außergewöhnliches.

Vor diesem Hintergrund sind für uns Eingriffe in das Streikrecht und in das Grundrecht der Koalitionsfreiheit der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Koalitionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht – das haben wir schon gehört -, ein Grundrecht und ein Grundpfeiler des Minderheitenschutzes, auch wenn diese Minderheit sechsstellig verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Reichhart, Sie haben Ihren Debattenbeitrag vorhin mit dem Verdienst der Piloten begonnen. Ich finde, das ist schändlich. Das ist nichts anderes als eine Neiddebatte und gehört nicht in dieses Hohe Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen: Der Beruf des Piloten erfordert eine besondere Ausbildung. Piloten müssen ihre Ausbildung, die Kosten im sechsstelligen Bereich verursacht, selbst finanzieren. Diese Ausbildung hat eine ganz eigene Bedeutung. Ob sie so viel verdienen müssen oder nicht - es gibt sicherlich welche, die weniger verdienen -, ist eine andere Frage. Das ist jetzt einfach so. Es ist Sache der Lufthansa, sich damit auseinanderzusetzen.

Alle Beschäftigten und Berufsgruppen müssen auch weiterhin die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten und möglicherweise auch zu streiken. Es gibt also keinen Grund, auf die Verhältnismäßigkeit von Streiks hinzuweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Daher werden wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag enthalten.

Auch Sie, Kollegen der CSU, bekräftigen zwar die herausragende Stellung der Tarifautonomie, wollen aber wieder den Rollback hinter die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes. Auch deshalb enthalten wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin bitte ich Frau Staatsministerin Müller ans Rednerpult.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich wundere mich schon, dass die SPD Kommentare der Bayerischen Staatsregierung zu einzelnen politischen Äußerungen aus der CDU einfordert. Wenn wir die vielfältigen Bemerkungen und Äußerungen zum Beispiel von SPD-Politikern kommentieren würden, hätten wir auch viel zu tun. Um es offen zu sagen: Der Antrag ist aus meiner Sicht unnötig.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wieso ist der unnötig?)

Aber lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um für die offenbar notwendige Klarheit zu sorgen.

Anlass des Antrags ist wohl, wie vorhin schon mehrfach erwähnt, eine Äußerung des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag Arnold Vaatz aus Sachsen im Zusammenhang mit dem Streik der Spartengewerkschaft Cockpit. Herr Vaatz fordert in der "Rheinischen Post" – ich zitiere -: "Wir sollten diesen Fall zum Anlass nehmen, über eine Gesetzesänderung nachzudenken. Auch in Tarifkonflikten müssen die Verhältnismäßigkeit und die Chancengleichheit gewahrt werden."

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da -:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe nun die Ergebnisse der namentlich durchgeführten Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts" auf der Drucksache 17/1433. Mit Ja haben 32 und mit Nein 79 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 29 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln – Grundsatz der Tarifeinheit regeln!" auf Drucksache 17/1468. Mit Ja haben 110 und mit Nein null Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 29 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert u. a. und Fraktion SPD; Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts (Drucksache 17/1433)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			X
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartmann Ludwig			X
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim			
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold			X
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin				Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard			
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina				Kamm Christine			X
Felbinger Günther			X	Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus			X	Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	32	79	29

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u. a. und Fraktion CSU; Bewährtes Tarifecht weiterentwickeln - Grundsatz der Tarifeinheit regeln! (Drucksache 17/1468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert				Gibis Max	X		
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			X
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Güll Martin	X		
Bauer Volker	X			Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartmann Ludwig			X
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid	X		
Blume Markus	X			Heike Jürgen W.	X		
Bocklet Reinhold	X			Herold Hans	X		
Brannekämper Robert	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herrmann Joachim			
Brückner Michael	X			Dr. Herz Leopold			X
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Celina Kerstin				Holetschek Klaus	X		
				Dr. Hopp Gerhard			
Dettenhöfer Petra	X			Huber Erwin	X		
Dorow Alex	X			Dr. Huber Marcel	X		
Dünkel Norbert	X			Dr. Huber Martin	X		
Dr. Dürr Sepp				Huber Thomas	X		
				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eck Gerhard	X			Huml Melanie	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X						
Eisenreich Georg	X			Imhof Hermann	X		
Fackler Wolfgang	X			Jörg Oliver			
Dr. Fahn Hans Jürgen			X				
Fehlner Martina	X			Kamm Christine			X
Felbinger Günther			X	Kaniber Michaela	X		
Flierl Alexander	X			Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro	X		
Freller Karl	X			Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert				König Alexander	X		
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus			X	Kränzle Bernd	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Schweiger Tanja			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	110	0	29